

Ausgelagerte Gewalt

Migration, Nekropolitik und transnationaler Widerstand

»Sie schiessen auf uns [...] wir sterben. Wir haben keine Zeit mehr.« Die Stimme am Telefon ist panisch, als sie am 12. Oktober 2025 beim Schichtteam von Watch the Med Alarmphone anruft, einer von Aktivist:innen betriebenen Telefonhotline für flüchtende Menschen in Seenot. Am anderen Ende der Leitung sind Migrant:innen in einem Boot in der maltesischen Such- und Rettungszone, auf der Flucht aus Libyen nach Europa. Sie berichten, dass eine libysche Miliz sie aufgefordert hatte, anzuhalten. Nachdem sie sich geweigert hatten, fing die Miliz an, auf das Boot zu schiessen. Sie rufen immer wieder an, während sie beschossen werden, berichten von Toten, davon, dass das Boot der libyschen Miliz sie rammt.

Die Angreifer befanden sich auf einem Boot der Tariq ben Zeyad-Miliz, einer der mächtigsten bewaffneten Gruppen innerhalb der Libyan Arab Armed Forces (LAAF). Diese sind im östlichen Libyen aktiv und unterstehen dem dortigen Machthaber Khalifa Haftar, der die international nicht anerkannte Regionalregierung beherrscht (Amnesty International 2022). Und genau diese Miliz schoss am 12. Oktober 2025 in der maltesischen Such- und Rettungszone auf Menschen auf der Flucht. Die Alarmphone-Schichtteams informierten sowohl die maltesische als auch die italienische Küstenwache über die Notsituation. Doch während Stunden blieb jegliche Reaktion der europäischen Behörden aus. Auch die angerufenen Nummern der sogenannten libyschen Küstenwache, zu der auch die Schiessenden gezählt werden, blieben stumm. Es dauerte rund 24 Stunden, bis die Menschen von der italienischen Küstenwache gerettet und in Pozzallo, einer sizilianischen Küstenstadt, an Land gebracht werden konnten. Unter den Überlebenden befand sich eine Person, die einen Kopfschuss erlitt, die ins Koma gefallen war, und zwei weitere angeschossene Passagiere.

Gesichter der europäischen Migrationspolitik

Rund drei Monate später fegt der Sturm Harry über dieselbe Region im Mittelmeer. Erst Tage später wird klar, was sich währenddessen auf dem Meer

abspielte: Hunderte Menschen wagten trotz des aufkommenden Sturms die Überfahrt aus Sfax, einer Küstenstadt in Tunesien, um nach Italien zu gelangen. In der Küstenstadt sind subsaharische Migrant:innen staatlicher Repression ausgesetzt: Begleitet durch eine rassistische Rhetorik baute die tunesische Regierung die Rechte migrantischer Menschen in den letzten Jahren systematisch ab und schränkte deren Schutz ein.

Die Folgen dieser Politik zeigte sich auch in den Tagen vor dem Sturm: Die Nationalgarde beschlagnahmte die Habseligkeiten von Migrant:innen und brannte die Zeltstädte in Olivenhainen nördlich von Sfax nieder, in denen rund 20 000 Menschen ausharren, bis sie genug Geld für eine Überfahrt nach Europa zusammenhaben. Sie standen einmal mehr vor dem Nichts. Das führte zu einer paradoxen Situation, die die Gewaltverhältnisse in der Region verdeutlicht: Die Gefahr, dass die tunesische Küstenwache Migrant:innen auf hoher See abfängt und unter Gewaltanwendung zurück nach Tunesien bringt, sank durch den Sturm. Deshalb stiegen trotz der gefährlichen See hunderte Menschen auf Boote, um nach Europa zu gelangen – rund 27 Boote sind dabei allein aus Tunesien losgefahren.

Die Folgen sind fatal: Tage später fand ein Handelsschiff den Sierra-Leoner Ramadan Konte als einzigen Überlebenden eines Schiffsbruchs in maltesischen Gewässern – in derselben Region, in der rund drei Monate zuvor die Tariq ben Zeyad-Miliz Migrant:innen beschoss. Neben Konte befanden sich die Leichen der rund fünfzig Menschen, die mit ihm auf dem Boot waren, darunter sein Bruder, dessen Frau, sein Neffe. Insgesamt verloren in diesen Tagen rund tausend Menschen auf dem Meer ihr Leben (Middle East Monitor 2026).

Die beiden Ereignisse im zentralen Mittelmeer sind keine isolierten Tragödien. Es sind Gesichter der europäischen Migrationspolitik. Eine Politik, die alles daran setzt, dass Menschen gar nicht erst an europäischen Küsten ankommen – und dafür auf massive Gewalt setzt.

Libyen: Kontrolle um jeden Preis

Dafür ist Libyen seit Jahren ein zentraler Schauplatz. Bereits unter Muammar al-Gaddafi reisten europäische Politiker:innen und Behördenvertreter:innen in den frühen 2000er-Jahren in das nordafrikanische Land, um eine gemeinsame Migrationspolitik aufzubauen. Es fanden Treffen statt, in denen unterschiedliche Abkommen geschlossen wurden, die den Grundstein für die heutige Kooperation legten. Gaddafi setzte sogar einen Preis: Für fünf Milliarden Euro würde er Migration über Libyen nach Europa ein-

dämmen, verkündete er (Traynor 2010). Das macht deutlich, dass die nicht-europäischen Kooperationspartner:innen nicht einfach Spielbälle der europäischen Politik sind, sondern ihre eigenen Interessen an dieser Zusammenarbeit haben. Über ihre Beteiligung an der Migrationskontrolle verschaffen sie sich einen Zugang zu Infrastruktur, Waffen und Geld.

Nach dem Sturz Gaddafis im Jahr 2011 fand eine zunehmende Fragmentierung der Macht statt: Es bildeten sich zahlreiche Milizen heraus, die unterschiedlichen regionalen Machthabern zugehörten. Seither arbeitet Europa mit diesen unterschiedlichen Milizen zusammen, um Migration zu kontrollieren. Italien unterschrieb 2017 ein Memorandum of Understanding, das eine Kooperation zwischen Libyen und Italien auf unterschiedlichen Ebenen festlegte. Dazu gehören sowohl finanzielle als auch technologische Zusammenarbeit (Odysseus Network n. d.). Seither unterstützen Italien und die EU unterschiedliche Gruppen und Behörden im nordafrikanischen Staat mit Geld, Booten, Training und anderen Formen der Kooperation. Das Ziel: Menschen auf hoher See abzufangen und zurück nach Libyen zu bringen, ein Land, das mitunter auch durch diese Politik unsicher gemacht wurde. Migrant:innen drohen willkürliche Inhaftierungen, Überlebende berichten von Menschenhandel, Sklav:innenarbeit, (sexualisierter) Folter und Tötungen – ausgeübt durch jene Milizen, die Europa im Rahmen seiner ausgelagerten Migrationskontrolle unterstützt. Menschenrechtsorganisationen bezeichnen die Zustände für Migrant:innen in Libyen als Verbrechen gegen die Menschlichkeit (ECCHR 2025).

Unter diesen Milizen ist auch die Tareq ben Zayed-Miliz, die am 12. Oktober 2025 Migrant:innen in der maltesischen Such- und Rettungszone beschoss. Dass sich Patrouillenboote der sogenannten libyschen Küstenwache weit ausserhalb libyscher Gewässer in der maltesischen Such- und Rettungszone befinden und Boote mit Migrant:innen gewaltsam zurück nach Libyen zu bringen versuchen, ist kein Einzelfall – und geschieht mitunter in direkter Zusammenarbeit mit europäischen Behörden. Berichte aus dem Jahr 2023 belegen, dass die Armed Forces Malta AFM und Frontex (Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache) Positionen eines Bootes mit flüchtenden Menschen an die Tareq ben Zayed-Miliz weitergaben (Meilak n.d.). Diese sollte die Menschen dann zurück nach Libyen schleppen. Dass Malta seiner völkerrechtlichen Pflicht nicht nachkommt, Menschen in seiner Such- und Rettungszone zu retten und in einen sicheren Hafen zu bringen, hat System: 2020 unterschrieben Malta und Libyen ein Memorandum of Understanding über eine stärkere Kooperation in Sachen Migrationskontrolle (Martin 2020). Seither sind die Rettungen durch die AFM um rund

neunzig Prozent gesunken (Galdes 2026). Laut der Dokumentationsstelle Malta Migration Archives hat Malta in den ersten fünf Monaten im Jahr 2025 rund 242 Notrufe von Menschen in Seenot registriert, ist jedoch nur auf zwei davon eingegangen. Man stelle sich vor, bei 242 Unfällen auf Schweizer Autobahnen käme nur in zwei Fällen ein Rettungswagen. Rund 16-mal ist hingegen dokumentiert, dass Patrouillenboote der sogenannten libyschen Küstenwache in der maltesischen Such- und Rettungszone auftauchten und Menschen nach Libyen brachten.

Direkt nach den Schüssen auf die Migrant:innen im Oktober 2025 wurde sichtbar, wie eng die unterschiedlichen Akteure bereits zusammenarbeiten: Ein Tag, nachdem die Überlebenden der Schüsse in Italien an Land gebracht wurden, fanden in Brüssel und Warschau Treffen zwischen einer libyschen Delegation aus Tripolis und Benghazi mit Frontex und der Europäischen Generaldirektion Migration und Inneres statt. Sie beschlossen eine engere Zusammenarbeit in Sachen Migrationskontrolle. Konkret: »Die Bemühungen zur Rückführung irregulärer Migranten in ihre Heimatländer zu intensivieren und die Migrationskontrolle in ganz Libyen zu stärken.« (ECRE 2025) Auch Vertreter des Haftar-Lagers waren Teil der Delegation. EU-Organisationen empfingen sie erstmals offiziell (Rova/Papetti 2025).

Tunesien: Handschlag mit dem Diktator

Ähnliche Treffen fanden auch mit tunesischen Behörden statt. Im Juli 2023 reisten die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen gemeinsam mit der italienischen Ministerpräsidentin Giorgia Meloni und dem niederländischen Ministerpräsidenten Mark Rutte nach Tunesien, um den tunesischen Präsidenten Kais Saied zu treffen. Die europäische Delegation beschrieb sich als »Team Europa« und unterzeichnete im Rahmen dieses Besuchs ein Memorandum of Understanding mit Tunesien, das die Zusammenarbeit in Sachen Migrationskontrolle stärken soll.

Tunesien nimmt für die EU eine zunehmend zentrale Rolle in der Auslagerung ihrer Grenzen ein. Denn die intensiven Bemühungen, Migration in Libyen »einzudämmen«, führten nicht dazu, dass es weniger Migration gibt. Es machte die existierenden Routen gefährlicher und führte zu deren Verschiebung – mitunter nach Tunesien, das 2023 zum wichtigsten Abfahrtsort der zentralen Mittelmeerroute wurde (UNHCR 2023).

Das Memorandum of Understanding entstand nur wenige Monate, nachdem der tunesische Präsident Kais Saied in seinem Land eine rassistische Kampagne lostrat: Er sprach, ähnlich der europäischen Rechten, von

der Bedrohung der demographischen Komposition Tunesiens durch subsaharische Migrant:innen und entfesselte damit neben staatlicher Repression auch eine massive gesellschaftliche Gewalteskalation. Schwarze Menschen wurden willkürlich auf der Strasse aufgegriffen und verschleppt, Menschen verloren ihre Arbeitsstellen und wurden aus ihren Wohnungen vertrieben. Das Regime deportiert Migrant:innen bis heute zu Tausenden in Bussen in abgelegene und wüstenähnliche Gebiete an der Grenze zu den Nachbarländern Algerien und Libyen. Regelmässig brennen die Behörden die Zeltstädte in den Olivenhainen nördlich der Küstenstadt Sfax nieder. Überlebende berichten von Folter und sexualisierter Gewalt. Der Druck auf subsaharische Migrant:innen, aus dem Land zu fliehen, nahm zu. Ebenso wuchs der Druck auf die tunesische Zivilgesellschaft, die sich diesen Entwicklungen entgegenstellte: Aktivist:innen wurden verhaftet, zahlreiche NGOs verboten und ihre Mitarbeiter:innen verfolgt.

Das Memorandum of Understanding beinhaltet, analog zum Abkommen mit Libyen, die finanzielle und technische Unterstützung der tunesischen Behörden zur Stärkung der Migrationskontrolle. Die finanzielle Unterstützung im Rahmen des Memorandum of Understandings sowie bereits bestehenden Vereinbarungen belaufen sich gemäss Medienberichten von *EUobserver* auf 253 Millionen Euro (Strik/Robbesom 2024).

Darüber hinaus sieht das Memorandum of Understanding eine engere Kooperation europäischer und tunesischer Behörden vor. Doch es stärkt auch die politische Legitimierung der tunesischen Regierung. Denn genau in diesem mittlerweile offen autoritär regierenden Regime sieht das ›Team Europa‹ einen verlässlichen Partner. Einen, der bereit ist, Migrant:innen daran zu hindern, europäische Küsten zu erreichen, auch unter Einsatz extremer Gewalt und Missachtung von Grundrechten. Es ist ein weiterer Partner, der staatlich organisierte Gewalt gegen Migrant:innen im Sinne Europas umsetzt, und der davon für den eigenen Machtausbau profitiert.

Gewalt als zentraler Aspekt

Die europäische Migrationskontrolle und deren Folgen gehen weit über die zentrale Mittelmeerregion hinaus: Zwischen Griechenland und der Türkei gibt es ähnliche Erzählungen. In unterschiedlichen Orten der sogenannten Balkanroute ist Gewalt dokumentiert. In Mauretania, Senegal, dem Niger oder Gambia findet eine zunehmende Brutalisierung statt. In den letzten Jahren bildete sich ein immer dichter werdendes und transnational organisiertes Netz staatlich organisierter Gewalt gegen Migrant:innen heraus, als

dessen Grundlage migrationsfeindliche und rassistische Erzählungen dienen, die sich regional unterscheiden, aber auf denselben Narrativen fussen.

Ihre Struktur sind geschlossene, gefängnisartige Lager zur Masseninhaftierung, militärische Überwachung und Abschottung durch Drohnenflotten und Zäune sowie die (Re-)Militarisierung von Grenzgebieten in Europa, Afrika und Asien. Die transnationale Zusammenarbeit im Rahmen der europäischen Migrationspolitik hat zum Ziel, dass migrierende Menschen europäische Küsten gar nicht erst erreichen und möglichst an die Orte zurückgebracht werden, die sie aus unterschiedlichsten Gründen verlassen haben – eine politische Entscheidung, die stark von kolonialen Kontinuitäten geprägt und eng mit globalen Ungleichheiten und Ausbeutung verknüpft ist, die Europa mitverursacht und von denen Europa profitiert.

In dieser transnational organisierten Mobilitätskontrolle arbeitet Europa auch mit autoritären Regimen und bewaffneten Gruppen zusammen. Nicht trotz, sondern wegen deren Bereitschaft, Menschen mit Gewalt daran zu hindern, zu migrieren. Europa nutzt nicht nur diese Bereitschaft, sondern stärkt durch die Kooperationen auch die oft autoritären Regierungen und Regime. Das macht deutlich: Gewalt ist ein zentraler Bestandteil der europäischen Migrationspolitik. Dies zeigt sich in unterschiedlichen Formen: Schüsse auf Migrant:innen in der maltesischen Such- und Rettungszone, Brandstiftung durch staatliche Behörden in einer tunesischen Küstenstadt oder die Natur durch politische Entscheidungen zu einer tödlichen Waffe zu machen. Das Beispiel des Sturms Harry zeigt, dass das Migrationsregime die Routen immer gefährlicher macht und die systematisch unterlassene Hilfeleistung durch europäische Küstenwachen Menschen tötet.

Grenzen sind längst keine »Trennlinie zwischen verschiedenen souveränen Einheiten« mehr. Sie sind »zunehmend als Bezeichnung für die organisierte Gewalt [...], die sowohl den zeitgenössischen Kapitalismus als auch unsere Weltordnung im Allgemeinen untermauert« (Mbembe 2019, 99), zu verstehen. Der kamerunische Politikwissenschaftler Achille Mbembe beschreibt das als Nekropolitik: Ein politisches System, in dem rassifizierte Personen systematisch entwertet werden. Es ist ein System, das Migrant:innen das Recht auf Leben abspricht. Man lässt sie nicht nur sterben, die Umstände werden bewusst so gestaltet, dass sie sterben.

Widerstand für Bewegungsfreiheit

Und trotzdem: Widerstand gegen das milliardenschwere und tödliche europäische Migrationsregime findet jeden Tag statt – oft unsichtbar, aber effek-

tiv und beständig. Menschen machen sich auf den Weg, überqueren Grenzen und fordern damit das Recht auf Selbstbestimmung praktisch ein. Denn die Gründe für Migration nehmen nicht ab. Nur die Fluchtrouten werden gefährlicher und der Preis, den die Menschen bezahlen, wird höher. Doch sie gehen trotzdem, und eine sich über Grenzen hinaus spannende Gemeinschaft organisiert sich in Solidarität an ihrer Seite. Rund um die Forderungen auf das Recht auf Bewegungsfreiheit und Migrationsgerechtigkeit bildet sich in unterschiedlichen Regionen und mit unterschiedlichen Mitteln ein transnationales Netz selbstbestimmter und solidarischer Strukturen, die sich der staatlich organisierten Gewalt gegen Migrant:innen entgegensetzen.

Im Mittelmeer etwa entstand in den letzten zehn Jahren das Civil Maritime Rescue and Coordination Centre (CMRCC), die zivile Seenotrettungsstelle. Sie agiert als antagonistische Kraft zur europäischen Politik des Sterbenlassens im Meer und den Küstenwachen, die diese Politik umsetzen. Zivile Überwachungsflugzeuge, NGO-Schiffe und das Alarmphone-Netzwerk arbeiten im Rahmen des CMRCC gemeinsam, um Menschen auf der Flucht im Mittelmeer aus der Luft, im Meer und am Telefon zu unterstützen. Das Netzwerk füllt die Lücke, die staatliche Akteure durch ihre Politik schaffen: Es zieht Küstenstaaten zur Rechenschaft, unterstützt Kapitäne bei Seenotrettungen, organisiert selbst Rettungseinsätze und fordert die Erfüllung der Rettungspflicht unter Einhaltung der Menschenrechtsgrundsätze ein (CMRCC 2026).

Das Alarmphone schlägt als aktivistisches Netzwerk mit seiner rund um die Uhr betriebenen Hotline für migrierende Menschen in Seenot und seinem transkontinentalen Fokus eine Brücke zwischen den verschiedenen Teilen des Mittelmeers. Entlang der Fluchtrouten, unter anderem in Senegal und Marokko, sensibilisieren Mitglieder des Netzwerks migrierende Menschen, dokumentieren und stemmen sich gegen die Folgen der ausgelagerten Migrationspolitik. Dabei bringen sie eine essentielle, antikoloniale Perspektive auf gegenwärtige Migrationskämpfe mit ein. Teams in Zürich, Bern und anderen europäischen Regionen tragen dazu bei, dass die Hotline rund um die Uhr besetzt ist. So können Anrufe wie jener am 12. Oktober 2025 entgegengenommen werden, als ein Boot in europäischen Gewässern von libyschen Milizen beschossen wurde.

Dieser Widerstand reicht weit über das Mittelmeer hinaus und zeigt sich überall dort, wohin Europa seine Migrationspolitik auslagert. So kämpfen jene, die die Grenzen selbst überqueren, seit Jahren für ihre Rechte und arbeiten daran, die Gewalt, die dem europäischen Migrationsregime zu-

grunde liegt, zu enttarnen. 2021 organisierten sich in Tripolis, der Hauptstadt Libyens, hunderte Geflüchtete und demonstrierten in einem über hundert Tage dauernden Sit-in-Protest gegen die Gewalt und die Bedingungen, unter denen sie leben mussten. Sie adressierten libysche Akteur:innen, das UNHCR und europäische Institutionen, um auf deren Komplizenschaft bei der Schaffung dieser Zustände aufmerksam zu machen.

Aus diesem Protest entstand Refugees in Libya, eine Organisation, die bis heute aus Europa und Libyen für Migrationsgerechtigkeit kämpft. Als Zeug:innen ausgelagerter Migrationspolitik sammeln und dokumentieren sie die Gewalt gegen Migrant:innen in Libyen – aus eigener Erfahrung und durch eine Hotline, bei der sich Betroffene melden können. In Kleinstarbeit recherchieren sie zu den Verantwortlichen und geben diesen ein Gesicht. Doch das scheinen europäische Regierungen nicht sehen zu wollen: General Osama Almasri Najim, dem Verbrechen gegen die Menschlichkeit vorgeworfen werden und für den der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) basierend auf der jahrelangen Dokumentations- und Recherchearbeit von Refugees in Libya einen internationalen Haftbefehl ausstellte, wurde bei einem Besuch in Italien festgenommen. Doch anstatt ihn an den IStGH auszuliefern, begleitete ihn die italienische Regierung in einem regierungseigenen Flugzeug zurück nach Libyen.

Refugees in Libya macht jedoch nicht nur die Täter vor Ort sichtbar, sondern fordert auch europäische Staaten und die internationale Gemeinschaft heraus, indem sie diese forciert, sich ihrer Komplizenschaft zu stellen. Mehrfach mussten sich UNHCR-Vertreter:innen ihrer Kritik stellen, sie sprachen an internationalen Gerichten, Universitäten und Parlamenten. Doch die Organisation gerät damit auch ins Visier der europäischen Regierungen: So wurde David Yambio, einer der Sprecher der Organisation, mit einer invasiven Spionagesoftware überwacht – mutmasslich von der italienischen Regierung, die eine besonders enge Kooperation mit Libyen pflegt. Die Repression macht klar: Refugees in Libya fordert das Zentrum der Macht effektiv heraus.

Kein Vergeben, kein Vergessen

Herausgefordert wird diese Macht auch durch eine andere Praktik, nämlich durch eine leise und doch unüberhörbare, transnationale Bewegung, die für die Sichtbarkeit der tödlichen Folgen der Nekropolitik kämpft. Jedes Jahr am 6. Februar finden an unterschiedlichsten Orten sogenannte Commemorations statt: Kämpferische Erinnerungsveranstaltungen für all jene, die ihr

Leben verloren haben oder vermisst werden. In senegalesischen Dörfern, in denen Communities und Familien zahlreiche Menschen aus ihrer Mitte vermissen; in tunesischen Städten, in denen Familien seit Jahren nichts mehr von ihren Geliebten gehört haben, die einst ein Boot Richtung Europa bestiegen; in europäischen Städten, in denen Menschen selbst solche Überfahrten überlebt haben oder die sich solidarisch an die Seite der Trauernden stellen.

Im Zentrum dieser Veranstaltungen steht die gemeinsame Trauer. Doch die Commemoration gleicht auch einem doppelten Versprechen: Jene nicht zu vergessen, die ihr Leben verloren haben, und mit aller Kraft gegen die Politik zu kämpfen, die sie getötet hat. Und dieser Kampf, den Betroffene und jene, die sich solidarisch an ihre Seite stellen, führen, ist bemerkenswert. In der aktuellen politischen Lage erreicht er nicht die Massen, doch er webt ein oft kaum sichtbares und doch praktisch wirksames Netz selbstbestimmter und solidarischer Interventionen, das sich über jenes der transnational staatlich organisierten Gewalt gegen Migrant:innen legt.

Wie nötig dieses Netz ist, zeigt auch der Fall der Migrant:innen, die am 12. Oktober 2025 bei Alarmphone anriefen. In einem Statement zum Angriff auf das Boot schrieb Alarmphone: »Wir fordern eine Untersuchung dieses Falls – Schluss mit der Straffreiheit staatlicher Akteure im Mittelmeerraum! Beendet die Zusammenarbeit mit Milizen und kündigt das Memorandum of Understanding zwischen Italien und Libyen!« Doch es passierte das Gegenteil. Die Menschen wurden nach ihrer Ankunft in Italien von der italienischen Regierung isoliert – ein offensichtlicher Versuch, die Menschen daran zu hindern, das Erlebte öffentlich zu erzählen. Auch das ist ein Teil der Gewalt des europäischen Migrationsregimes, die ausgelagert und unsichtbar gemacht wird; gleichermassen unsichtbar werden so auch jene, die sie bezeugen.

Gegen diese Unsichtbarmachung richten sich auch die Commemorations. Sie fordern »Kein Vergeben, kein Vergessen« gegenüber diesen Verbrechen der europäischen Staaten und den Erlebnissen all jener, die unter ihnen leiden. Eine Forderung, die es noch lange und hartnäckig zu wiederholen gilt.

Literatur

Alarmphone, 2025: Stop the shootings at Sea. alarmphone.org/en/2025/10/13/stop-the-shootings-at-sea/?post_type_release_type=post (Abfrage 8.2.2026)

Amnesty International, 2022: Libya. »We are your Masters«. Rampant Crimes by the Tariq ben Zayed Group. ([amnesty.ch](https://www.amnesty.ch), online verfügbar, Abfrage 8.2.2026)

- CMRCC, 2026: civilmrcc.eu/ (Abfrage 8.2.2026)
- ECCHR, 2025: Migrants and refugees in Libya face crimes against humanity. The ICC must investigate. (online verfügbar, Abfrage 8.2.2026)
- ECRE, 2025: EU External Partners. NGO report highlights fatal consequences of EU externalisation policies (online verfügbar, Abfrage 8.2.2026)
- Galdes, Marc, 2026: More refugees saw their status revoked than protection granted in 2025. (timesofmalta.com, Abfrage 9.2.2026)
- Martin, Ivan, 2020: Malta-Libya deal sets up centres against illegal migration. (online verfügbar, Abfrage 9.2.2026)
- Mbembe, Achille, 2019: Necropolitics. Durman/London
- Meilak, Nicole, n.d.: Malta provided migrant boat location to Libyan militia with human trafficking ties. (www.maltatoday.com, Abfrage 8.2.2026)
- Middle East Monitor, 2026: Italian report suggests 27 Tunisian boats sank, around 1000 dead in storm Harry. (www.middleeastmonitor.com, Abfrage 8.2.2026)
- Odysseus Network, n.d.: Memorandum of understanding on cooperation in the fields of development, the fight against illegal immigration, human trafficking and fuel smuggling and on reinforcing the security of borders between the State of Libya and the Italian Republic. (online verfügbar, Abfrage 8.2.2026)
- Rova, Paolo/Papetti, Fabio, 2025: Secret mission in Europe. Frontex hosts Libyan officials from Haftar for the first time. (online verfügbar, Abfrage 8.2.2026)
- Strik, Tineke/Robbesom, Ruben, 2024. Compliance or Complicity? An Analysis of the EU-Tunisia Deal in the Context of the Externalisation of Migration Control. In: Netherlands International Law Review 71, 199–225
- Traynor, Ian, 2010: EU keen to strike deal with Muammar Gaddafi on immigration. (www.theguardian.com, Abfrage 8.2.2026)
- UNHCR, 2023. Italy Sea Arrivals Dashboard June 2023. (online verfügbar, Abfrage 8.2.2026)



ARBEIT ■ BEWEGUNG ■ GESCHICHTE

ZEITSCHRIFT FÜR HISTORISCHE STUDIEN

ARBEIT – BEWEGUNG – GESCHICHTE widmet sich der Geschichte von Arbeit und Arbeiterbewegungen in Deutschland und der Welt. Die Zeitschrift präsentiert Aufsätze, biografische Skizzen, Dokumente und Diskussionsbeiträge. Das Themenspektrum reicht von der Global Labour History bis hin zur Regional- und Alltagsgeschichte, vom Frühsozialismus bis zur Neuen Linken. Soziale Bewegungen, Arbeiterparteien und Gewerkschaften sind ebenso Thema wie die Geschichte des Staatssozialismus. Ein umfangreicher Rezensionsteil sowie Tagungsberichte runden jedes Heft ab.

ARBEIT – BEWEGUNG – GESCHICHTE erscheint dreimal jährlich (Januar, Mai und September) im Metropol Verlag Berlin. ISSN: 2366-2387 • Einzelheft: 14 € zzgl. Porto • Jahresabonnement (3 Hefte): 39 € (Ausland 49 €) einschl. Porto • Bestellungen an den Metropol Verlag: veitl@metropol-verlag.de
www.arbeit-bewegung-geschichte.de • www.metropol-verlag.de